

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Athen auf neuem Kurs?

Thema

Außenpolitik einer Provinz?
Geopolitische Bedeutung
Griechenland und der Nahe Osten

Streitplatz

Ukrainekrise

Historie

Deutsch-griechische Beziehungen

WeltBlick

CELAC-Gipfel in Costa Rica
Israel nach den Wahlen

Kommentar

Matthias Platzeck zum 8. Mai

ISSN 0944-8101 | 4,80 €



4 191574 104808



4

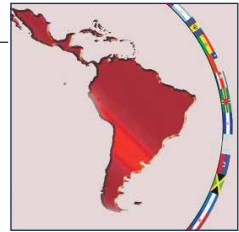
Weckruf

Appell an Bundesinnenminister de Maizière

6

WeltBlick

- 6 Israel nach den Wahlen
Angelika Timm
- 11 CELAC-Gipfel in Costa Rica
Roland Benedikter und Georg W. Göschl



13

Briefe aus ...

Bergen und Sanaa

16

Zwischenruf: Die BRD in der NATO

Erhard Crome



22

Athen auf neuem Kurs?

- 24 Außenpolitik einer europäischen Provinz?
Alexandros-Andreas Kyrtsis
- 29 Europa und die griechische Außenpolitik
Panayotis C. Ioakimidis
- 35 Griechisch-türkische Beziehungen
Panayotis Tsakonas
- 40 Griechenland und der Balkan
Jens Bastian
- 45 Griechenland und der Nahe Osten
Thanos Dokos



WeltSichten: Wir sind für Europa!

50

Im Gespräch mit Euklid Tsakalotos

Historie: Neuanfang mit Geburtsfehlern

55

Hagen Fleischer

Abgelichtet: Zum Beispiel Kommeno

60

Thorsten Haselbauer



Streitplatz: Ukrainekrise

62

Neutrale Ukraine – warum nicht? 62
Werner Ruf

Pyrrhussieg des Westens? 65
Hans-Heinrich Nolte

VIP: Alexander Hug, Beobachter in der Ukraine

68

Angela Unkrüer



Buch des Monats

70

Hubert Thielicke

Briefe an die Redaktion

72

Kommentar: Zum Tag der Befreiung

74

Matthias Platzek

Wort und Strich

76

Wir sind für Europa!

Interview mit dem stellvertretenden griechischen Außenminister für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Euklid Tsakalotos (Syriza)

Die Ukrainekrise sowie die Sanktionen gegen Russland sind von großer Bedeutung nicht nur für die EU-Außenpolitik, sondern auch für Deutschland, Polen und die baltischen Staaten. Wie verhält sich Griechenland in diesem Kontext und wie könnte Griechenland zur Bewältigung der Krise beitragen?

Diese Frage beschäftigt uns besonders und ist sogar Bestandteil unserer europäischen Orientierung, d. h., wir, Syriza, sind für Europa und für die Eurozone. Eine unserer Befürchtungen ist, dass eine Auflösung der Eurozone zwangsläufig zu einer Krise im Sinne der Depression der 1930er-Jahre führen könnte. Es besteht eine historisch fundierte traditionelle Freundschaft mit Russland, weshalb wir wesentlich zum Dialog und zu einer friedlichen Lösung der Konflikte beitragen möchten. Die Hauptgefahr einer Auflösung der Eurozone besteht in einer rigiden Sparpolitik innerhalb Europas, die zentrifugale Reaktionen verursachen könnte. Als gleichwertiger EU-Mitgliedstaat ist es legitim, wenn wir uns von den europäischen Richtlinien differenzieren.

Präsident Obama plädiert für einen neuen Kurs, fernab west- und nordeuropäischer Zwänge. Welche wären die Prioritäten der griechischen Außenpolitik?

Die USA verfolgen zwei Hauptziele: Das eine geht in Richtung der Fiskalunion und deren Zweckmäßigkeit, das andere zielt auf die Verantwortung der EU gegenüber der globalen Wirtschaft. Es wäre unvorstellbar, wenn die USA die „Lokomotive des Wachstums“ bleiben und sich die Europäer dagegen nur für Überschüsse interessieren würden. Das deutsche Wirtschaftsmodell ist ineffizient. Wir haben großes Verständnis für diese Kritik seitens der USA. Letztendlich schätzen die USA die These, ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone würde die Konsistenz der Eurozone nicht beeinträchtigen, als grundsätzlich falsch ein. Die USA sind an einer stabilen Eurozone als Fiskalunion interessiert.

Welche Prioritäten setzen Sie im Rahmen der deutsch-griechischen Beziehungen, abgesehen von Tourismus?

Die allererste Innovation betrifft die Umstrukturierung des Außenministeriums mit der Einrichtung meines Ministeriums. Damit wollen wir diesen wichtigen Sektor der Wirtschaftsdiplomatie vom traditionellen Muster abkoppeln, das sich eher für Tourismus und Exporte interessiert. Wir beabsichtigen eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern, besonders mit Deutschland aufgrund ihres Know-how im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen der Entwicklungstechnologie, der erneuerbaren Energien und Mülldeponien. Weiterhin ist eine Zusammenarbeit im Sektor innovativer Logistikern mit kleinen unabhängigen Unternehmen aus Griechenland, die zum ersten Mal überhaupt wahrgenommen werden, von Interesse.

Herr Tsakalotos, als Regierungsmitglied der Koalition einer linken (Syriza) und einer rechtspopulistischen Partei (AnEl), befürchten Sie gewisse innen- bzw. parteipolitische Komplikationen im Rahmen der Regierung?

Diese Regierungskoalition resultiert aus dem Wahlergebnis und der Tatsache, dass Syriza die absolute Mehrheit im Parlament verfehlte. Im griechischen Parlament gab es leider keine linksliberale Partei, die ausdrücklich gegen das Spardiktat des unterzeichneten Memorandums war. Unser Hauptanliegen ist, und wir bleiben dabei, die daraus resultierende Krise in zweierlei Hinsicht zu bewältigen: die humanitäre Krise zu lindern und die Rezession zu bewältigen. Das griechische Volk hätte kein Verständnis für eine Politik, die weiterhin das Memorandum in Anspruch nehmen wollte. Bisweilen verlief diese Regierungskoalition reibungslos, vielleicht sogar besser als erwartet. Ob danach Probleme entstehen werden, wird sich noch zeigen.

Nach dem Besuch des Premierministers in Berlin und dem Treffen mit der Kanzlerin entstand ein positives Bild von den deutsch-griechischen Beziehungen. Ist es für Sie zusätzlich ein Hinweis dafür, dass die neue griechische Regierung die Probleme auf europäischer und internationaler Ebene meistern wird?

Das Brüsseler Abkommen vom 20. Februar diente dazu, einige Elemente des Sanierungsprogramms, die die abgewählte Regierung – ob bewusst oder ungewollt – nicht in Anspruch genommen hat, in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Dazu gehören Steuerflucht und -hinterziehung sowie Korruption im öffentlichen Dienst, um nur einige zu nennen. In diesem Punkt sind wir uns mit unseren europäischen Partnern einig. Weiterhin unterbreitete die Regierung neue Vorschläge in einer anderen Denkweise,



Neuer Chefunterhändler für die Gespräche mit der Eurogruppe: Euklid Tsakalotos

das heißt, ein Kompromiss ist bereits vorhanden. Angesichts des Zeitdrucks und auf innerparteilicher Ebene war dies kein leichtes Unterfangen. Doch unsere Kompromissbereitschaft fand nicht unbedingt ein offenes Ohr bei allen Beteiligten. Manche vertreten noch immer die Meinung, Griechenland habe einzig und allein die Sparpolitik zu verfolgen und abzuschließen. Dagegen plädiert der Premierminister für eine politische Lösung, die nach dem Abkommen vom 20. Februar neue Perspektiven schaffen sollte.

Abgesehen davon, dass der Berlin-Besuch medial erfolgreich war sowie zur Verbesserung der deutsch-griechischen Beziehungen beigetragen hat, setzte er zudem ein Zeichen seitens der griechischen Regierung für ein Umdenken in wirtschaftspolitischen Fragen, wie z. B. der Umsetzung notwendiger Reformen. In den deutschen Medien war danach jedoch von Frust und Schwierigkeiten die Rede. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Lage ein?

Meiner Meinung nach und unabhängig von den Medienberichten verbessert sich die Lage allmählich. Die Probleme mit den Expertengruppen sind noch vorhanden, dies war zu erwarten. Die Brüsseler Gruppe fühlt sich nach langjähriger Ausarbeitung des Memorandums logischerweise dazu verpflichtet, ihre Position zu verteidigen. Für sie stehen ideologische Standpunkte nicht zur Debatte, sie betrachtet den Fall aus einer quasi „existenziellen Sicht“, indem sie sich mit ihrem „Produkt“ identifiziert. Wir dagegen haben eine andere Sichtweise, nämlich diese Verhandlungen von einem politischen Standpunkt aus zu führen. Für uns ist es eindeutig und klar: Die vorhandenen Probleme wurden bisweilen falsch angegangen.

Doch die Frage der politischen Handlungsfähigkeit hat für die europäischen Partner keine Priorität, es geht um Regeln und Institutionen, abgesehen von den neoliberalen Richtlinien. Wie sehen Sie das?

Es gilt die Position des französischen Wirtschaftsministers: Wir müssen zwei Prinzipien einhalten, das Demokratieprinzip, ich ergänze dazu, sogar mit neuen sozialen Forderungen, und das Funktionsprinzip der EU. Es wäre fatal für Europa, und nicht nur in Bezug auf Griechenland, wenn dies scheitern würde. Es käme sonst zu Stagnation oder zum Bruch. Die vorgegebenen Richtlinien müssen die neuen sozialen Kräfteverhältnisse mit einbeziehen, zugleich neue Prioritäten festlegen, auch wenn dies folgerichtig Kontroversen verursacht. Es gibt drei „Problemfälle“ bei den Verhandlungen: die Vereinbarungen, die Zielsetzung und die ideologischen Standpunkte.

Wolfgang Münchhau¹ verwies auf eine Unvereinbarkeit des „deutschen Wirtschaftsalphabetismus“ mit dem „griechischen Diplomatiealphabetismus“. Gibt es einen Mittelweg?

Premierminister Tsipras hat versucht, diese Unstimmigkeit zu korrigieren, meiner Meinung nach trotz der Schwierigkeiten mit gewissem Erfolg. Eine davon betrifft die Schwierigkeiten zwischen der angelsächsischen und der deutschen Denkweise. Wir sind von Haus aus eher auf die angelsächsische Schule ausgerichtet, es geht also um Prinzipien, bei den Deutschen dagegen um Regeln und wie man diese befolgen muss. Das irritiert manchmal.

Diese kontroverse Debatte über Gleichheit und Entwicklung kommt bei den Keynesianern bzw. Neokeynesianern nicht besonders gut an und die europäische Sozialdemokratie zeigt dabei eine gewisse Passivität.

Seit 2008 hatten wir ein Umdenken der Sozialdemokratie erhofft, also dass sie sich für eine Einkommensumverteilung, die Begrenzung der Rolle der Banken und weniger Liberalisierung im Bereich der „sozialen Güter“ wie Gesundheit oder Erziehung einsetzen würde. Es geht hauptsächlich darum, ein produktives Wachstumsmodell zu fördern und nicht spekulative Wirtschaftspolitik einzuführen.

1 Münchhau, Wolfgang: Why Smoke and Mirrors are Safer than Cold Turkey. Grexit May Well Work in the Long Run but it will Bring Economic Misery in the Short Term. In: Financial Times, 15.3.2015, <http://www.ft.com/> (abgerufen am 17.4.2015).

Offensichtlich geht es nicht darum, einfach die Krise zu bewältigen, sondern auch um eine Identitätskrise der Sozialdemokratie, zumindest in Deutschland.

Ähnliches geht in England vor sich. Die englische Sozialdemokratie distanziert sich langsam von einer „Blair-Agenda“, also vom Neoliberalismus, wenn auch zögernd. Dies irritiert die Konservativen. Der Hauptkonflikt in dieser Debatte innerhalb Europas besteht darin, die Sparauflagen zu lockern und zugleich die Reformauflagen durchzusetzen. Das ist keine leichte Sache.

Kann unter diesen Bedingungen von einer Wirtschaftsdiplomatie die Rede sein, wenn man die akuten Probleme der griechischen Wirtschaft bedenkt?

Die griechische Regierung ist der Meinung, man sollte diesem Teufelskreis ein Ende setzen. Wir befinden uns in einer „Schuldenfalle“, wie Finanzminister Varoufakis öfters erwähnt hat. Wir bemühen uns, unsere Reformen einzuführen, v. a. die kurzfristigen, sodass sie sich zur Krisenbewältigung mittelfristigen Reformen anschließen, was Staatseinnahmen und -ausgaben betrifft. Werden wir unsere europäischen Partner in diesem Punkt überzeugen können, dann gewinnen wir den notwendigen „Fiskalraum“ zugunsten des Staates und des Wirtschaftswachstums.

Eine letzte Frage: Bezüglich Ihrer Vorsätze und Konzepte, inwiefern sind diese realisierbar, wenn man das innerparteiliche Kräfteverhältnis sowie die vorhandene politische Klientel betrachtet?

Bei einem Verlust von 25 Prozent des BIP sind Veränderungen nötig, die den Leuten eine Perspektive verschaffen. Aus meiner Sicht entstand kein Druck seitens des Volkes in Richtung Populismus. Wenn man rechtzeitig reagiert, kann man einen schnellen Wachstumsprozess erreichen. Bis Juni stehen wir jedoch vor einem „fiskalischen Abgrund“, daher benötigen wir mehr Zeit. Wir sind keine Populisten, in dem Sinne, dass wir alles allen versprochen haben, ohne Prioritäten gesetzt zu haben. Die Kontroversen innerhalb unserer Partei wirken als ein Frühwarnsystem.

Herr Minister, wir bedanken uns für dieses Gespräch.

Das Gespräch wurde im März 2015 in Athen geführt.

Die Fragen stellten Prof. Alexandros-Andreas Kyrtis und Kostas Kalfopoulos.